

ton-Kommission vom Tisch und schickt sich an – wie viele Experten befürchten – im Verbund mit Israel einen Vernichtungsschlag gegen die iranischen Nuklearanlagen zu führen. Unterdessen erwägt man in Berlin lediglich ein Verschärfung der Sanktionen gegen Teheran, was sich als wirkungslos erweisen wird, und versucht mit dem gewohnten Zweckoptimismus die Einsicht zu verdrängen, dass ein Kriegseintritt Irans der militärischen Präsenz der USA im Irak ein jähes Ende setzen würde.

Allzu viele Berliner Parlamentarier verweigern sich der Einsicht, dass der Krieg im Irak – wie US-Verteidigungsminister Robert Gates diskret eingesteht – bereits verloren ist, dass eine Ausweitung des Konfliktes auf Iran sich zum Desaster für den ganzen Westen erweisen würde und – was Deutschland unmittelbar betrifft – dass der Krieg in Afghanistan nicht zu gewinnen ist. Auch am Hindukusch und nicht nur in Mesopotamien müssen Überlegungen darüber angestellt werden, wie man den auf Dauer unvermeidlichen Rückzug aus Afghanistan ohne allzu schmerzlichen Gesichtsverlust und vor allem ohne hohe eigene Verluste vorbereitet.

Zu See und in der Luft verfügen US-Navy und Air Force über eine erdrückende und unvergleichliche Überlegenheit. Es sind die Bodentruppen, die Sorgen bereiten. Durch den Einsatz von 140 000 GI's im Irak und knapp 20 000 Infanteristen in Afghanistan erscheint die US-Army hoffnungslos überfordert. Seit Abschaffung der Wehrpflicht fehlt es an tauglichen Soldaten. Ganz offen wird in Washington die mangelnde Bereitschaft gewisser europäischer Verbündeter geschmäht, sich mit stärkerem Personaleinsatz an den sich häufenden Krisenherden zu engagieren. Gemeint sind vor allem Deutschland und Fran-

## Im deutschen Parlament wird erst über das Thema Afghanistan diskutiert, wenn ein hysterischer Streit über ein paar Gebirgsjäger aufkommt, die in törichter Unbekümmertheit mit Totenkopfschädeln hantierten

reich, die der frühere amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld noch vor drei Jahren ermahnte, sich an den Rumänen und Albanern ein Beispiel zu nehmen.

Schon fordert der niederländische Generalsekretär der Nato, de Hoop Scheffer, der dem amerikanischen Präsidenten jeden Wunsch von den Lippen abliest, dass die aus europäischen Kontingenten rekrutierte „Nato Response Force“ bis zu einer Stärke von 300 000 Mann aufgebläht werde, um jene Mannschaftslücken zu füllen, die aus der mangelnden Wehrebereitschaft amerikanischer Freiwilliger und der Verstrickung in immer neue Konflikte aufgerissen wurden. Dass es sich bei dieser Nato-Truppe um „eine sich selbst finanzierende europäische Fremdenlegion im Dienste amerikanischer Interessen“ handeln würde, wagen nur angesehene amerikanische Publizisten wie William Pfaff auszusprechen. Vielleicht werden sich



Ballaststoffreiche Kost

die führenden deutschen Medien endlich der systematischen Zweckentfremdung der Atlantischen Allianz und der eigenen Unterwürfigkeit bewusst, wenn die Forderung des Pentagon nach Ausweitung der Allianz auf den Pazifischen Raum, auf den Nato-Beitritt Australiens, Neuseelands, sogar Japans und Südkoreas sich bewahrheiten sollte. Eine solche Orientierung in Richtung auf den Stillen Ozean könnte von Peking nicht anders denn als ein bedrohliches Einkreisungsmanöver gewertet werden. Die deutschen Abgeordneten, die als Polit-Touristen China bereisen und die Repräsentanten dieser uralten Kultur immer wieder mit erhobenem Finger zur Übernahme westlicher Demokratiebegriffe ermahnen, täten besser daran, die amerikanischen Verbündeten von einer umzingelnden Stützpunktstrategie gegen das Reich der Mitte abzubringen, die den Europäern nur Nachteile bescheren kann.

**IN AFGHANISTAN**, so hat sich Brent Scowcroft, der frühere Sicherheitsberater des Präsidenten Bush senior geäußert, werde sich entscheiden, ob die Nato an der derzeitigen Krisensituation zerbricht. Die Missstimmigkeiten häufen sich und werden auch nicht durch den willfähigen Einsatz von sechs deutschen „Beobachtungsflugzeugen“ vom Typ Tornado ausgeräumt. Das irakische Szenario scheint sich am Hindukusch zu wiederholen. Seit drei Jahren liegen der deutschen Regierung ernüchternde und realistische Lagebeurteilungen der örtlichen Kommandeure, des BND und eines klarsichtigen Botschafters vor, die das Unternehmen am Hindukusch als „mission impossible“ definieren. Aber die deutschen Regierungsparteien weisen diese Erkenntnis ebenso konsequent von sich, wie die Bush-Administration seinerzeit die Warnungen missachtete, die ihr über den voraussichtlichen Verlauf des Irak-Feldzuges aus diversen verlässlichen Quellen vorlagen. Entgegen einer gezielten Desinformationskampagne würde die Welt nicht untergehen, wenn die Nato-Koalition Afghanistan räumen und die dortigen Stämme ihrem Schicksal überließe, wie das übrigens dem Wunsch der Bevölkerung entspricht. Auf die Höhlen des Hindukusch ist Al